Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 169 | Freitag, den 20. Juni 1930. | Jahrgang 1930

Noch keine Entscheidung über Moldenhauers Rücktrittsgesuch.

Die Genehmigung dürfte sicher sein.

Vertagung bis nächste Woche.

× Berlin, 19. Juni.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat Mittwoch nachmittag, gedrängt von dem volksparteilichen Führer Scholz, den der industrielle Flügel in der Partei vorgeschickt hatte, und unter dem Eindruck der das Notopfer in jeder Form ablehnenden Aussprache in den Ausschüssen des Reichsrats den Reichskanzler um seinen Rücktritt gebeten. Der Reichskanzler berief darauf auf 18 Uhr abends eine Kabinettssitzung, über deren Ergebnis folgende amtliche Mitteilung ausgegeben wurde:

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem angebotenen Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer und bat ihn einmütig, von seinem Gesuch Abstand zu nehmen. Da der Reichsfinanzminister demgegenüber auf seinem Rücktritt beharrte, wird der Reichskanzler hierüber dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag halten.

Dieser Vortrag hat noch nicht stattgefunden, da der Reichspräsident sich in Ostpreußen auf seinem Gute Neudeck aufhält. Der Reichskanzler hat noch keine Entscheidung darüber getroffen, wann er nach Neudeck fährt, um dem Reichspräsidenten Bericht zu erstatten. In dieser Woche dürfte die Reise aber nicht mehr erfolgen, da Dr. Brüning die Absicht hat, am Sonnabend die Länderkonferenz, an der die Ministerpräsidenten aller Länder teilnehmen, persönlich zu eröffnen. Der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Meißner, ist bereits nach Neudeck abgefahren, um dem Reichspräsidenten seine persönlichen Eindrücke von den letzten Kabinettsverhandlungen zu schildern.

Solange noch keine Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Rücktrittsgesuches Moldenhauers vorliegt, sind alle Erörterungen über die Nachfolge gegenstandslos. Von unterrichteter Seite wird übrigens in diesem Zusammenhang bestritten, daß der Kanzler das Finanzministerium gestern dem Reichswirtschaftsminister Dietrich angeboten habe. Es habe zwar zwischen beiden Herren eine Besprechung stattgefunden, die sich aber nur um die allgemein politische Lage drehte, ohne daß dem Reichswirtschaftsminister ein Aufgebot gemacht worden wäre. Die Situation hat sich also gegen gestern abend nicht verändert. Die Krise im Reichsfinanzministerium bleibt weiter in der Schwebe.



Prof. Dr. Moldenhauer, das Opfer des Notopfers.

*

Die hinausgeschobene Entscheidung.

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 19. Juni. (Drahtb.)

Nach den vorausgegangenen Tagen der unablässigen Aufregungen, die ihren einstweiligen Höhepunkt in dem Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer erreichten, herrschte heute in Berlin völlige politische Ruhe. Zur Verhütung späterer Entstellungen verlohnt es sich, den Verlauf der Dinge zu registrieren.

Dr. Moldenhauer hatte seine Fraktion geschlossen gegen sich. Nicht eine Stimme innerhalb der Deutschen Volkspartei bekannte sich zu seinen Deckungsvorschlägen. Er meldete daher, nachdem auch noch die Aussprache über die Deckungsvorlagen in den Ausschüssen des Reichsrats hatten erkennen lassen, daß sich dort weder für den Vorschlag der Reichsregierung noch für den preußischen Vorschlag eine Mehrheit finden lassen würde, dem Reichskanzler Dr. Brüning seinen Rücktritt an und bat um eine Kabinettssitzung. Dieser Vorgang berührte etwas eigenartig, denn man sollte doch meinen, daß die Mitteilung an den Reichskanzler von dem angeblich unabänderlichen Rücktrittsentschluß genügen sollte. Man muß daher die amtliche Kundgebung genau lesen. Da wird man finden, daß die Kabinettsmitglieder den Reichsfinanzminister einmütig gebeten haben, in seinem Amt zu verbleiben. Dieser offenbar als schöne kollegiale Geste gedachter Ueberredungsversuch blieb wirkungslos, denn Dr. Moldenhauer erklärte, daß er auf seiner Absicht, zurückzutreten, verharren werde. Nun hätte man erwarten können, daß Reichspräsident von Hindenburg, der sich seit Pfingsten auf seinem Gute Neudeck in Ostpreußen aufhält, den Rücktritt Dr. Moldenhauers genehmigen und den Nachfolger ernennen würde. Der Fall, daß ein Minister aus einem Kabinett ausscheidet, ohne den Bestand des gesamten Kabinetts zu beeinträchtigen, liegt ja nicht zum erstenmal vor. Umsomehr ist man in politischen Kreisen über die noch nicht erfolgte Formalität des Rücktritts Dr. Moldenhauers überrascht, als, wie die stets gut informierte „Börsenzeitung" zu melden weiß, die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei entschlossen ist, von Dr. Moldenhauer, falls sein Rücktrittsgesuch nicht in allernächster Zeit effektiv werden sollte, in einer öffentlichen Kundgebung abzurücken, um ihm somit jede Möglichkeit eines weiteren Amtierens zu nehmen.

Für die Verzögerung bei der Behandlung des Rücktrittsgesuches Dr. Moldenhauers werden zwei Gründe angeführt. Zunächst heißt es, Reichspräsident von Hindenburg könne die Absicht haben, den Reichsfinanzminister zum Verbleiben im Amte zu bewegen. Solche Behauptungen scheinen uns aus der Luft gegriffen zu sein. Denn über die Meinung des Reichspräsidenten dürfte in Berlin wohl niemand unterrichtet sein. Staatssekretär Meißner ist erst am Donnerstag abend nach Neudeck gefahren, um dem Reichspräsidenten Vortrag zu halten und die Fahrt des Reichskanzlers zum Reichspräsidenten soll erst Anfang nächster Woche erfolgen. Da aber der Reichsminister gegenüber den einmütigen Wünschen des Reichskabinetts, sein Amt beizubehalten, standhaft geblieben ist, so besteht die Möglichkeit, daß Reichspräsident von Hindenburg ebenfalls auf Widerstand bei Dr. Moldenhauer stoßen könnte. Aus diesem Grunde ist auch nicht anzunehmen, daß ein Ersuchen des Reichspräsidenten an den Reichsfinanzminister in der angedeuteten Richtung in Frage kommt. Dagegen scheint der Hinweis auf den Ausgang der sächsischen Landtagswahlen größeren Wahrheitsgehalt in sich zu bergen. Unseres Erachtens wird mit Recht in mehreren Berliner Zeitungen darauf hingewiesen, die Reichsregierung glaube, daß der Reichstag einer von ihr vorgeschlagenen Kompromißlösung gefügiger sein werde, wenn die Parteien aus den sächsischen Wahlergebnis den Eindruck gewinnen, daß sie von Sommerwahlen zum Reichstag bei der andauernden wirtschaftlichen Depression nur eine Stärkung der radikalen Elemente zu erwarten hätten. Die sächsischen Wahlen sollten der Kompaß sein, nach dem sich die Parteien des Reichstages innerpolitisch orientieren. Dies dürfte der Grund sein, weshalb die Rücktrittserklärung des Reichsfinanzministers so dilatorisch behandelt wird, und dies auch der Grund, weshalb die Parteien erst in den nächsten Tagen von den weiteren Absichten der Reichsregierung unterrichtet werden sollen.

Einstweilen hat es den Anschein, als ob die Reichsregierung an den bisherigen Deckungsvorschlägen festhalten wolle. Man wird sich jedoch hierbei vor Augen halten müssen, daß das 4%ige Notopfer der Beamten und Festbesoldeten auf eine festgefügte und breite Front des heftigsten Widerstandes stößt. Es ist daher damit zu rechnen, daß innerhalb der Reichsregierung neue Deckungspläne ausgearbeitet und weitere Möglichkeiten zu Streichungen am Etat gemacht werden. Das „Berliner Tageblatt" will wissen, daß bei den Beratungen des Reichskabinetts eine wichtige Rolle den sozialdemokratischen Gegenanträgen zufalle, über die der Fraktionsvorstand am Donnerstag beraten habe und die sozialdemokratische Fraktion vielleicht schon am Freitag Beschluß fassen werde. Sehr zutreffend macht in diesem Zusammenhang auch das Organ der gemäßigten Richtung der Deutschnationalen, die „Deutsche Tageszeitung", folgende Ausführungen:

„Wir halten es für ausgeschlossen, daß das Kabinett etwa entschlossen sei, gegen die einhellige Meinung der Oeffentlichkeit über den Moldenhauerschen Finanzdilettantismus anzukämpfen. In der Sache geht es wohl weniger darum, ob diese oder andere Steuer mehr oder weniger gefällt oder mehr oder weniger abgeändert werden muß. Was mit Recht allseits als untragbar für die Arbeiten des Kabinetts wie für die allgemeine Wirtschaftslage empfunden wird, das ist der völlige Mangel an organischem Aufbau unseres Reichshaushalts. Es muß nach völlig neuen Wegen gesucht werden, die zumindesten die Einleitung einer grundsätzlichen Haushalts- und Verwaltungsreform bilden. Für eine solche Aufgabe aber kommt nur eine frische Kraft, ein Finanzmann von Ruf, in Frage, dessen Name dafür bürgt, daß nicht die großen produktiven Aufgaben, die dem Kabinett obliegen und die es mit so glücklicher Hand in die Wege geleitet hat, vom Haushalt her wieder bedroht werden."

Einen bestimmten Namen nennt die „Deutsche Tageszeitung" nicht. Aus Kreisen der Deutschen Volkspartei hört man übrigens, daß sie nicht die Absicht habe, einen Nachfolger für Dr. Moldenhauer vorzuschlagen, sondern abwarten wolle, welche Kandidaten der Reichskanzler dem Reichspräsidenten präsentieren werde.

*

Scholz bei Brüning.

Berlin, 19. Juni.

Am Donnerstag mittag hatte der Reichskanzler Brüning eine Unterredung mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz. Dr. Scholz übermittelte dem Reichskanzler die Forderungen seiner Fraktion zum Deckungsprogramm. Von volksparteilicher Seite wird erklärt, daß der Rücktritt des Reichsfinanzministers unabänderlich ist. Der Reichskanzler wird dem Wunsche der Deutschen Volkspartei, der sich mit dem Dr. Moldenhauers deckt, Rechnung tragen und deshalb dem Reichspräsidenten nicht vorschlagen, das Rücktrittsgesuch abzulehnen. Damit dürfte Dr. Moldenhauer Anfang nächster Woche aus seinem Amte ausscheiden.

(Siehe auch 2. Seite!)

Tagesfragen.

Das Notopfer hat ein Opfer gefordert. Es ist derjenige, der in amtlicher Eigenschaft die Deckungsvorlagen zu vertreten hatte: der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Als er am Mittwoch den Reichskanzler um seinen Rücktritt bat, da hatte er folgendes hinter sich: Die volksparteiliche Fraktion hatte seinen finanzpolitischen Plänen eine glatte Absage erteilt. Niemand aus den Reihen seiner politischen Freunde hatte sich hinter ihn gestellt. Auch die Demokraten, die Wirtschaftspartei, die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten hatten die Ablehnung des Notopfers der Beamten und höheren Angestellten abgelehnt. Die Zentrumsfraktion hatte noch keinen Entschluß gefaßt, wenngleich damit wohl zu rechnen war, daß hier der von Stegerwald gekommene Notopfergedanke noch am ehesten Unterstützung finden würde; ob in der in dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Form, möchten wir allerdings in Frage gestellt sein lassen. Am Mittwoch vormittag hatte Moldenhauer dann die Deckungsvorlagen in den Ausschüssen des Reichsrats vertreten. Er mußte aus der Aussprache entnehmen, daß sich im Reichsrat für das vierprozentige Notopfer seiner Vorlage ebensowenig eine Mehrheit finden würde, wie für den Zwangsbeitrag der Beamten und nichtversicherungspflichtigen Angestellten in Höhe von 2¼ Prozent des Gehalts nach dem Vorschlag des preußischen Staatsministeriums. Dann war auch noch der Parteivorsitzende Dr. Scholz bei ihm erschienen, um ihn zum Rücktritt aufzufordern. Abgesehen vom Kabinett, das seine Finanzpolitik gebilligt hatte, sah somit Moldenhauer sich nur ablehnenden oder zum mindesten kritischen Faktoren gegenüber. Da blieb ihm schließlich nichts anderes übrig, als sich zu entscheiden, vom Reichskanzler unter Auflösung des Reichstages die Durchführung seines Steuerprogramms, also unter Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung, zu fordern oder dem Druck seiner Fraktion zu weichen und seinen Rücktritt vom Amte zu erklären. Er entschloß sich zu letzterem, was ja auch das Vernünftigere war. Denn die Anwendung des Artikels 48 ist doch eine sehr zweifelhafte Sache, da die getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten auf Verlangen des neugewählten Reichstages wieder außer Kraft gesetzt werden müssen. Auch Wahlen unter der Parole „neue Steuern" dürften für eine Regierung, auch wenn sie wie die Regierung Brüning allerbestens Willens ist, und für die ihr Programm deckenden Parteien nicht gerade günstig ausfallen. So steht man also vor der Tatsache, daß Moldenhauer geht, daß das Kabinett dagegen bleibt, daß ein anderer Mann das Finanzportefeuille übernehmen muß und daß auch er sich dann mit dem Kabinett darüber schlüssig zu werden hat, wie die 750 Millionen Defizit abgedeckt werden sollen. Dieser neue Mann wird, wer es auch nur immer sei, nicht an der ganz gründlichen Untersuchung vorbeikommen, ob denn nicht tatsächlich noch auf der Aufgabenseite des Etats starke und gehörigins Gewicht fallende Abstriche möglich sind. Wir befinden uns in einer Notzeit, und da darf es bei Reich, Staat und Gemeinden nicht anders sein als bei dem gewissenhaften Privatmann. Wenn der unter finanziellem Druck steht, dann beschließt er zunächst einmal, eine Reihe von Ausgaben zu unterlassen. Und das soll uns doch keiner weismachen, daß bei einem Etat von über 10 000 Millionen Mark nicht mehr als ganze 25 Millionen gespart werden könnten, daß alles andere die berühmten Zwangsläufigkeiten seien. Ergibt sich nach dieser gründlichen Untersuchung, zu der praktischerweise auch Finanzsachverständige der Fraktionen hinzuzuziehen wären, daß dann noch ein ungedeckter Rest verbleibt, dann wäre noch zu prüfen, ob nicht durch organisatorische Maßnahmen eine Verringerung der Behörden und ihrer Funktionen schnellstens zu erreichen sei. Der Reichsreform müssen endlich Beine gemacht werden. Bleibt dann, wenn man alles und alles versucht und geprüft hat, wie man noch Ersparnisse machen kann — Ersparnisse auf Kosten der Arbeitslosen und Notleidenden können nicht in Frage kommen — noch ein zu deckender Restbetrag übrig, erst dann wird man die Notlage als vorhanden anerkennen können, die ein Notopfer, welcher Art es auch nur immer sei, erforderlich macht. Dann aber muß auch erwartet werden, daß diejenigen, die noch in der Lage sind, einen Obulus zu opfern, sich nicht daran vorbeidrücken. Es ist eine bequeme Methode, auf andere zu zeigen, wenn man selbst herangeholt werden soll. Gewiß ist eine Sondersteuer immer eine nicht unbedenkliche Angelegenheit. Aber es darf da doch darauf verwiesen werden, daß es längst auch andere Kreise in Deutschland gibt, die Sonderlasten aufbringen, oder aufgebracht haben. Da sind die freien Berufe und der gewerbliche Mittelstand, die die Gewerbesteuer zu zahlen haben. Da darf man auch an jene Leute erinnern, denen 75 und mehr Prozent ihres Vermögens durch die Aufwertung genommen worden sind, die also ein ganz besonders respektables Notopfer gebracht haben, die einstmals von ihren Zinsen leben konnten, und heute zum großen Teil von der öffentlichen Wohlfahrtspflege abhängen. Auch an die Opfer der Rationalisierung und an die Schwerkriegsbeschädigten darf erinnert werden. Sie alle und viele andere haben Opfer gebracht, und da kann und darf es, liegt wirklich einwandfrei festgestellter und nicht anders mehr zu behebender Notstand vor, kein Ausweichen und Kneifen geben, wenn

Deutsche Schriftstellerin im Belgrader Gefängnis gefoltert.

Strafanzeige gegen serbische Polizeibeamte.

:: Belgrad, 18. Juni.

Die deutsche Schriftstellerin Isolde Reiter aus Groß-Beckerek, die aus der Haft des Belgrader Gefängnisses entlassen worden ist, hat gegen mehrere Polizeioffiziere und Polizeiagenten beim Ministerpräsidenten Strafanzeige erstattet, daß sie während der Zeit ihrer Inhaftierung schweren Mißhandlungen ausgesetzt war. Man wollte ihr bei der Polizei das Geständnis erpressen, daß sie im Auftrage des ehemaligen deutschen Abgeordneten Wilhelm Renner gehandelt habe.

In der Anzeige wird angeführt, daß sie auf Befehl des Polizeiagenten Kratjow an Händen und Füßen gefesselt wurde, worauf sie der Detektiv zu Boden warf und ihre Arme über die Knie zog. Unter den Knien, über den Armen, steckte er einen eisernen Stab durch, so daß sie sich nicht mehr bewegen konnte. Im Beisein des Polizeikreters Sritschkow bearbeitete er sodann ihre entblößten Füße mit einem spanischen Rohr. Diese Tortur dauerte am 15. Mai von 9 Uhr abends mit einigen Unterbrechungen bis Mitternacht. Da sie furchtbar weinte, stopfte man ihr einen Knebel in den Mund und wickelte ihren Kopf in eine dicke Decke. Als sie um Mitternacht befreit wurde, blutete sie heftig und konnte weder gehen noch stehen. Man mußte sie in ihre Zelle tragen und ihr ärztliche Hilfe angedeihen lassen. Infolge der furchtbaren Qualen bejahte sie alle Fragen der Polizei und belastete auch Dr. Renner, wobei ihr der Polizeibeamte Maksanowitsch Wort für Wort die Beschuldigungen eingepaukt hatte. Als man sie aus der polizeilichen Haft nach vier Wochen entließ, zwang sie Maksanowitsch unter Bedrohung, daß er sich furchtbar rächen werde, zur Unterschrift eines Protokolls, in dem sie bestätigte, daß sie nicht mißhandelt worden sei.

Wie Isolde Reiter weiter erklärt, habe der Redaktionsbeamte Urso einen Selbstmordversuch begangen. Sein Geist sei seitdem fast völlig umnachtet. In einem lichten Moment hätte auch er vor Zeugen erklärt, wie er von dem Polizeiagenten Jankowitsch schwer mißhandelt wurde.

was tun:
Champagner!

Burschen und Mädchen
nur mit einem Bade-
uf. Gar mancher, der
wegen des schamlosen
d, die übrigens, wie
ocholt stammte. Ein
m Rappers Kolk in
nlein und Weiblein
und wo es gar toll
eit, d[illegible] hier einmal
wir nicht in Bocholt
tragen diese Zeilen
en Unfug einmal ge-
Jugend gut meint.

es.
iebenmeilen".
täts-Ausstellung für
ßte Ausstellung, die
te der Elektrotechnik
rstag, dem 19. Juni,
holländischen Mini-
er, und dem Vor-
sses, Herrn L. Ch.
Ueberlandzentrale, in
Persönlichkeiten der
bei der Eröffnung
e Vertreter der In-
Deutsche Mitglieder
Graf von Spee,
steinfurt; Landrat
on Hove, Coesfeld;
nau. Die Eröffnung
ierlichkeit begangen

gerade gut genug!
ben auf den Tisch
hfertigen, aus erst-
Maggi-Suppenwürfel,
iedenen Sorten zur
e Helfer der Haus-
me Maggi und die

las
„Volksblatt"
ger bestellen, da-
nterbrechung
eintritt. — Auch
stelle (Realschul-
rnr. 3054) nimmt
llungen entgegen

Rechtsbüro
G. Köster
Bocholt, Hermannstr. 1b
Mäßige Berechnung.

Darlehn
Hypotheken
Baugeld
G. Köster
Bocholt, Hermann-
straße 1b.

Bubikopf

wirkt vornehm nur
mit Lockenwasser
isma." Die Locken
bleiben dauernd
chön und haltbar.
lasche R. M. 1.50
Stern-Drogerie
August Steiner
Nordstr. 9.

Junger (4416
chleber
Monate alt, aller-
este Abstammung,
u verkaufen.
nh. Milling,
bern 16.

u sofort
Mädchen
on 15—17 Jahren
r leichte Hausarbeit
nd zu einem Kinde
heres in der Ge-
äftsstelle ds. Bl.

Hausmädchen
s guter Familie,
lt sofort ein.
au (4401
ne Angenendt,
mmenmoden,
estend.

zu allen schon auf uns lastenden Steuern ein befristetes Notopfer in irgendeiner Form erhoben werden muß. Mag man sich da nun für einen Einkommensteuerzuschlag bei den Beamten und Festbesoldeten oder für einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer oder auch für eine Erhöhung der Tabak- und Biersteuer entschließen. Selbst eine einseitige und in normalen Zeiten unbedingt ungerechte Steuer wird man bei offenkundigem Notzustand hinnehmen müssen. Die Reichsfinanzen und die Finanzen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung müssen unter allen Umständen jetzt in Ordnung gebracht werden. Wird der bisherige Zustand weiter beibehalten, dann kann unsere Wirtschaft nicht gesunden, und dann gehen wir schließlich alle vor die Hunde.

★

Man müßte dann noch ein Wort über Moldenhauer selbst sagen. In seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister war er sicher nicht besser und nicht schlechter als seine Vorgänger. Nur hatte er vor ihnen voraus, daß man ihm als Finanzwissenschaftller besondere Fähigkeiten zutraute. Und das geschah insbesondere seitens seiner eigenen Partei. Und gerade für sie und ihre Reichstagsfraktion wurde er die große Enttäuschung. So verlassen von den Seinen hat doch keiner seiner Vorgänger den Abschied nehmen müssen. Seinem Nachfolger, dem ein riesiges Maß von Finanzverstand und Tatkraft zu wünschen ist, hinterläßt er jedenfalls alles andere als einen gedeckten Tisch. Umsomehr darf man gespannt darauf sein, wer sich stark genug fühlen wird, nunmehr Würde und Bürde des Reichsfinanzministers zu übernehmen.

★

In Berlin tagt zur Zeit die zweite Weltkraftkonferenz, die sich mit allen Fragen der Energiewirtschaft befaßt und von Elektrizitätsfachleuten der ganzen Welt besucht ist. Es werden für Fachleute hochinteressante Vorträge gehalten. Der Leitgedanke ist Energieverteilung und Energieanwendung. Die Weltprobleme der Energiewirtschaft werden untersucht, über Untersuchungen wird berichtet, und zum gegenseitigen Nutzen tauschen die internationalen Experten ihre Erfahrungen aus. Auch ein Weltkraftfest mit dem erstmaligen Versuch einer radiotelephonischen Unterhaltung zu Vieren über die Länder und Meere hinweg, wobei die Gesprächsführer in Berlin, London, New York und San Francisco den Höhrer am Ohr hielten, ist gemacht worden und glänzend gelungen. Zu alledem hat es noch eine pikante wirtschaftlich-politische Sensation gegeben, die in einer Ansprache des amerikanischen Botschafters in Berlin, Mr. Sacket, bestand. Diese Rede wäre beinahe nicht gehalten worden. Und das hatte folgende Bewandtnis: In der Ansprache, deren Wortlaut bereits Anfang dieser Woche den in Berlin ansässigen amerikanischen Zeitungsvertretern mitgeteilt worden war, befand sich ein Passus, der bei einem Chicagoer Industriellen, Mr. Insull, der eine große Reihe von Elektrokraftwerken des mittleren Westens kontrolliert, heftigen Anstoß erregte. Mr. Insull interpellierte den Botschafter und forderte, daß dieser Passus unterdrückt werde. Mr. Sacket aber lehnte dies ab und erklärte schließlich, er werde die Rede nunmehr überhaupt nicht halten. Schließlich zog Mr. Insull bei einer persönlichen Aussprache seinen Protest zurück, und der Botschafter hat nunmehr am Mittwoch nach Vorlesung einer der Konferenz Grüße entbietenden Botschaft des Präsidenten Hoover den Vortrag ohne jede Streichung gehalten, einschließlich jenes zunächst als peinlich empfundenen Passus, der den folgenden Wortlaut hat:

Als einer von denen, die die Verantwortung trugen, als die Entwicklung des Kraftwesens noch in den Anfangsstadien war, als einer, der ein lebhaftes Interesse daran bewahrt hat, erlaube ich mir, einen Vorschlag zu machen in der Hoffnung, etwas zur Förderung dieser Industrie beizutragen. Um mich kurz zu fassen — ich kenne keine andere Industrie, wo der Verkaufspreis ihres Erzeugnisses an die Verbrauchermasse das 15fache des tatsächlichen Herstellungspreises beträgt. Mein Zweck ist der, einen Mangel scharf hervorzuheben, der gründliche Erwägungen in ihren Beratungen fordert. Ehe nicht das Verhältnis zwischen Herstellungs- und Kleinverkaufspreis in der Kraftwirtschaft demjenigen der anderen Industrien gleichgebracht wird, kann kaum berechtigterweise die Rede davon sein, daß diese bedeutende Industrie sich rasch dem höchsten Grad ihrer Vollendung nähert, einerlei, ob der elektrische Strom mittels Wasserkraft nebst Ergänzungsanlagen oder mittels moderner Dampfeinheiten gewonnen wird. Ein derartig krasser Unterschied zwischen Herstellungskosten und Lieferpreisen bietet dem Verteilungsingenieur ein weites Studienfeld. Es gibt in Amerika eine stetig wachsende öffentliche Meinung, die die staatliche Preiskonkurrenz gegenüber privaten Kraftunternehmungen verlangt. So praktisch ist die Forderung, daß sie dem Gedanken Ausdruck gibt, daß alle Wasserkraftquellen verstaatlicht werden müßten. Die Gefahr, daß das Verlangen in Amerika — vielleicht auch anderswo — immer mehr um sich greift, verleiht dem Vorschlage die Wichtigkeit, daß die Führer der Industrie, unterstützt von der Wissenschaft, sich erneut ihr widmen, dieses Verhältnis von 15:1 zu überwinden, das gerade in der Industrie besteht, welche von dieser großen Konferenz vertreten wird, das aber in keiner anderen wichtigen Industrie ein Gegenstück findet.

Den Vorwurf, der in diesen Worten liegt, wollte also Mr. Insull nicht offen ausgesprochen haben. Er hat sich aber auch nicht der Mühe unterzogen, ihn als unberechtigt hinzustellen. Für uns liegt die Frage nahe, wie es denn hierzulande mit dem Verhältnis des Stromerzeugungspreises zum Verkaufspreis steht. Es würde in allgemeinem Interesse liegen, wenn darüber von den V. E. W. und den R. E. W., den großen Stromerzeugern und Stromverteilern Westdeutschlands, Aufklärung gegeben würde. Hoffentlich besteht bei uns nicht die Proportion 1:15, die Mr. Sacket den U. S. A.-Energieleuten unter die Nase gerieben hat.

*

Das nächste Arbeitsprogramm von Reichsrat und Reichstag.

:: **Berlin,** 19. Juni.

Für die Weiterberatung der Deckungsvorlagen ist noch keine neue Sitzung der Reichsratsausschüsse einberufen. Am Freitag beschäftigen sich die Ausschüsse nur mit der Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Vollsitzung des Reichsrates ist inzwischen offiziell für Sonnabend 12 Uhr einberufen worden. Von den Deckungsvorlagen steht nur noch zur Tagesordnung allein der Gesetzentwurf zur Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Außer weiteren kleinen Vorlagen sollen ferner die Ausführungsbestimmungen zum Gaststättengesetz erledigt werden. Dagegen sind die Gesetzentwürfe über die Reichshilfe der Festbesoldeten, das Ledigennotopfer und die Reform der Kran-

Kommunistische Ueberfälle auf Nationalsozialisten.

Zusammenstöße in Kassel.

◇ **Kassel,** 19. Juni.

Die Nationalsozialisten hatten für gestern abend vier Versammlungen in verschiedenen Stadtteilen einberufen. Hiergegen veranstalteten die Kommunisten eine Protestversammlung auf dem Martinplatz und zogen nach dem Versammlungslokal der Nationalsozialisten. Da die Menschenansammlung immer größer wurde, mußte die Polizei die anliegenden Straßen räumen. Es hatte den Anschein, als ob alles ruhig verlaufen sollte. Als dann die nationalsozialistischen Versammlungsteilnehmer einzeln nach Hause gehen wollten, kam es mit den Kommunisten zu Zusammenstößen, bei denen nach den bisherigen Feststellungen fünf Nationalsozialisten verletzt wurden, darunter einer durch einen Messerstich lebensgefährlich.

★

Schlimme Ausschreitungen in Berlin-Reinickendorf.

Saalschlacht und Ueberfall auf einen Autobus.

CNB **Berlin,** 18. Juni.

Die Nationalsozialisten veranstalteten in Müllers Festsälen in Reinickendorf eine Versammlung. Bei der Diskussion kam es zu Auseinandersetzungen mit Angehörigen der KPD., und als einem Kommunisten von dem Versammlungsleiter nicht das Wort gegeben wurde, entstand eine allgemeine Schlägerei. Mit Stuhlbeinen und Bierseideln schlugen die politischen Gegner aufeinander los, und die anwesenden Polizeibeamten konnten erst mühsam die Ruhe wieder herstellen, nachdem zwei Schreckschüsse abgegeben worden waren. 62 Versammlungsteilnehmer — Nationalsozialisten und Kommunisten —, die sich bei dem Kampf besonders hervorgetan hatten, wurden festgenommen und zur Abteilung 1a des Polizeipräsidiums gebracht.

Nach Schluß der Versammlung kam es dann gegen 12 Uhr an der Omnibus-Haltestelle zu noch üblen Ausschreitungen. Ein Autobus hatte an der Zielstation etwa 15 Personen aufgenommen, die zum Teil der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörten. Wenige Augenblicke, nachdem sich der Kraftwagen in Bewegung gesetzt hatte, wurden aus einer Gruppe von Leuten, die ebenfalls an der Haltestelle standen, acht Revolverschüsse auf den noch in langsamer Fahrt befindlichen Autobus abgegeben und drei Steine geschleudert. Infolge der Detonationen und des Klirrens der zertrümmerten Fensterscheiben bemächtigte sich der Fahrgäste eine Panik. Drei der Fahrgäste erlitten durch Schüsse schwere Verletzungen. Außerdem war ein weiblicher Fahrgast durch einen Steingetroffen worden und hatte blutende Abschürfungen erlitten. Sämtliche Verletzte wurden nach dem Reinickendorfer Krankenhaus gebracht und erhielten dort die erste Hilfe. Die drei Schwerverletzten mußten im Krankenhaus bleiben. Die Täter waren geflüchtet und konnten nicht ermittelt werden.

★

47 Nationalsozialisten zwangsgestellt

CNB **Berlin,** 19. Juni.

In verschiedenen Teilen der Stadt nahm die Schutzpolizei im Laufe des gestrigen Abends zahlreiche Zwangsgestellungen von Nationalsozialisten vor, die gegen das Uniformverbot verstießen und zum Teil mit Dolchen, Schlagringen und Schußwaffen ausgerüstet waren. Insgesamt wurden 47 Nationalsozialisten dem Polizeipräsidium zugeführt.

★

Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilung?

◆ **Berlin,** 19. Juni.

Im Hinblick auf den sich täglich steigernden Straßenterror glaubt die politische Polizei, wie das „Acht-Uhr-Abendblatt" meldet, in den letzten Tagen in den Besitz schlüssiger Unterlagen zu sein, daß die von Hitler-Seite immer wieder gehörte Behauptung, die SA. (Sturmabteilung) sei gar keine Organisation mit eigenen Zielen, sondern nur ein Stück der NSDAS., falsch sei. Diese Behauptung würde nur aufgestellt, um ein Verbot nach Möglichkeit zu erschweren. Die Unterlagen bilden u. a. ein Bild der militärischen Ausbildungsarbeit in der SA., der Schießübungen auf fiskalischem Gelände in Neukölln und der Felddienstübungen bei Spandau. Als entscheidend für die Qualifikation als eigene Organisation mit eigenem revolutionären Zielen wird die Tatsache gewertet, daß die höheren Anführer ausnahmslos Persönlichkeiten aus dem Kreise der ehemaligen Organisation „Consul" seien, wie zum Beispiel Pfeffer, v. Salomon, Stennes, Manfred v. Killinger und Karl Tillessen.

Katastrophaler Erdrutsch in Essen.

Ein Kind in die Tiefe gerissen.

:: **Essen,** 19. Juni. **Ein furchtbares Unglück ereignete sich heute abend an der Neubaukolonie in der Helmholtzstraße. Um 20,30 Uhr etwa gab plötzlich vor dem Hause Nr. 82 das Erdreich nach. Es entstand ein riesiger Krater, der ungefähr 12 bis 15 Meter tief ist und etwa 15 Meter Umfang hat. Ein auf der Straße spielendes Kind wurde in die Tiefe gerissen. Die Bemühungen der Feuerwehr, das Kind zu bergen, mußten als aussichtslos aufgegeben werden, zumal die Einsturzgefahr noch nicht beseitigt ist. Außerdem verschwand ein Wagen, der einer Straßenbaugesellschaft gehört, in der Tiefe. Wie sich in später Abendstunde ermitteln ließ, soll an der Einsturzstelle ein alter Schacht sein, der seit etwa 40 Jahren außer Betrieb ist.**

40 Häuser niedergebrannt.

:: **Brünn,** 18. Juni.

Heute nachmittag brach in Oppetau bei Trebitsch ein Feuer aus, das sich schnell ausbreitete und einen geradezu katastrophalen Umfang annahm. Trotz des Aufgebotes zahlreicher Feuerwehren gelang es bis acht Uhr abends nicht, das Feuer einzudämmen. Bisher fielen dem Brande 40 Häuser zum Opfer.

Explosionsunglück bei einem Motorbootausflug des früheren Kaisers.

)(**Amsterdam,** 19. Juni.

Der „Telegraaf" meldet aus Leyden: Auf Einladung der Gräfin Pannewitz hatten der ehemalige deutsche Kaiser, seine Gattin und ungefähr zehn andere Personen seiner Umgebung mit zwei Motorbooten eine Fahrt auf den Karensseen unternommen. Plötzlich erfolgte aus bisher noch unbekannter Ursache in einem der beiden Boote eine Explosion. Eine hohe Feuersäule schlug aus dem Boot empor und es begann zu sinken. Vier Personen wurden schwer verletzt. Sie wurden ins Elisabeth-Krankenhaus in Leyden gebracht. Der ehemalige Kaiser und seine Gattin befanden sich an Bord des zweiten Bootes, das dem anderen Boote sofort zu Hilfe kam, und alle Personen übernahm.

Schweres Bergwerksunglück in der Ukraine.

35 Arbeiter getötet.

+ **Kowno,** 18. Juni.

Wie aus Moskau amtlich gemeldet wird, ereignete sich am Mittwoch auf dem Bergwerk „Maria" in der Ukraine eine starke Gasexplosion, durch die 35 Arbeiter getötet und 29 schwer verletzt wurden; fünf weitere Arbeiter werden noch vermißt. Die GPU hat den Ingenieur Sakeschnikow unter der Beschuldigung verhaftet, daß er nicht die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe. In dem gleichen Bergwerk sind bereits vor mehreren Monaten durch eine Gasexplosion 27 Arbeiter ums Leben gekommen.

Explosion einer chemischen Fabrik.

Lüttich, 18. Juni. Eine Vorstadt von Lüttich wurde heute vormittag durch die Explosion von 180 Flaschen mit flüssiger Luft einer dortigen Fabrik in panikartige Aufregung versetzt. Der ersten Explosion, die sich gegen 4 Uhr ereignete, folgten innerhalb 30 Minuten über 100 weitere Detonationen, durch die in der ganzen Stadt zahlreiche Fensterscheiben in Trümmer gingen und sonstige erhebliche Schäden angerichtet wurden. Die Bewohner wurden aus dem Schlaf aufgeschreckt und flüchteten mit leichter Bekleidung auf die Straße. Die Fabrikhalle wurde durch die Explosionen und den dadurch hervorgerufenen Brand vollkommen zerstört. Mehrere Arbeiter erlitten leichtere Verletzungen.

Begeisterter Empfang Byrds in Newyork.

+ **Newyork,** 19. Juni.

Hunderttausende von Newyorkern jubelten am Donnerstag dem Südpolforscher Byrd zu, dessen Empfang dem eines siegreichen Feldherrn glich. Von dem Fort auf der Gouverneurinsel wurden 18 Salutschüsse abgefeuert, und die Fahrt zur Battery gestaltete sich zu einem Triumphzug sonderglei-chen. Der Broadway bot ein Bild, was lebhaft an den Empfang Lindberghs, der deutschen Ozeanflieger und Dr. Eckeners erinnerte. Von einer Schwadron berittener Polizei, Abordnungen der Marine, der städtischen Nationalgarde und der Seemiliz begleitet, fuhren Byrd und die übrigen Mitglieder der Expedition nach dem Rathaus, wo ein offizieller Empfang stattfand.

Am Freitag wird Präsident Hoover Byrd die Goldene Medaille der Geographischen Gesellschaft überreichen.

Byrd schilderte Pressevertretern die Erlebnisse seiner Südpolfahrt, bei der er 125000 Quadratmeilen neues Land entdeckt und erforscht habe. Er habe geologische Formationen festgestellt, die auf große ausbeutbare Kohlenlager schließen ließen. Die amerikanische Antarktis umfaßte noch tausende von Meilen unerforschter Gebiete. Byrd erklärt, er habe vorläufig keine Zukunftspläne und werde keine weitere Forschungsreisen unternehmen, bis die aus der Expedition entstandenen Schulden von 100000 Dollar gedeckt seien.

kenversicherung zunächst nur zum Zwecke der formalen Ausschußüberweisung auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Für Freitag vormittag haben die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen Fraktionssitzungen einberufen. Die Reichstagssitzung beginnt um 12 Uhr. Auf ihrer Tagesordnung steht der Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete. Hierzu wollen die Regierungsparteien einen gemeinsamen Antrag über den Zeitpunkt der Auflösung des Ministeriums einbringen, der am Freitag vormittag in den Fraktionssitzungen der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei gutgeheißen und dann von den Regierungsparteien unterzeichnet werden soll.

Wird im Reichsrat noch eine Entscheidung über die Deckungsvorlagen gesucht und werden sie dort abgelehnt, so könnten sie nur dann Gesetz werden, wenn der Reichstag sie mit Zweidrittelmehrheit annimmt. Diese Mehrheit ist jedoch im Reichstage nicht vorhanden. Haben sich doch alle größeren Fraktionen, mit Ausnahme des Zentrums, das überhaupt noch keinen Beschluß gefaßt hat, gegen das Notopfer ausgesprochen.

Erklärung der Sozialdemokraten.

)(**Berlin,** 18. Juni.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in mehreren Sitzungen mit der Wirtschafts- und Finanzlage und mit den Deckungsvorschlägen der Reichsregierung beschäftigt. Nach einer parteiamtlichen Auslassung wurde dem Versuch, die jetzige Wirtschaftskrise zu einem allgemeinen Abbau der Löhne und Gehälter, sowie der Sozialpolitik zu benutzen, entschiedenster Widerstand angekündigt. Volle Uebereinstimmung bestand darüber, daß das wichtigste Erfordernis die Arbeitsbeschaffung sei. Weiter wurde auf die Notwendigkeit erheblicher Einsparungen namentlich bei militärischen Ausgaben, aber auch im auswärtigen Etat bei den hohen Pensionen usw., hingewiesen. Soweit sonstige Maßnahmen zur Beilegung der Wirtschaftskrise und zur Finanzsanierung notwendig seien, soll der Vorstand der nächsten Fraktionssitzung Richtlinien unterbreiten.

Keine Zurückhaltung der Beamtengehälter beabsichtigt.

Amtliche Zurückweisung einer Unterstellung des „Jungdeutschen".

◆ **Berlin,** 19. Juni.

Der „Jungdeutsche" stellt in seiner gestrigen Ausgabe die Behauptung auf, man höre aus sicheren Quellen, daß der Reichskanzler Dr. Brüning beabsichtigt hatte, die am 1. Juli fälligen Gehaltszahlungen für die Beamten bis zum 15. Juli zurückzuhalten, falls die Beamtenorganisationen weiterhin mit ihren Protesten gegen die sogenannte Reichshilfe fortfahren. Auch in diesem Falle hat der Reichsbankpräsident Dr. Luther diese selbst in der deutschen parlamentarischen Geschichte einzig dastehende Maßnahme verhindert.

Hierzu wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß diese Darstellung in allen Punkten erlogen ist. Die unerhörte Unterstellung, die in der Mitteilung des „Jungdeutschen" enthalten ist, muß aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Das Arbeitspflichtgesetz der Wirtschaftspartei.

:: **Berlin,** 18. Juni.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Gesetzentwurf zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht und der Behebung der Arbeitslosigkeit eingebracht. Der Entwurf umfaßt 24 Paragraphen. Die Arbeitsdienstpflicht soll die deutsche Jugend zur freiwilligen Unterordnung gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit und zur Arbeits- und Pflichterfüllung erziehen. Sie soll neue Arbeitsmöglichkeiten erschließen, in dringenden Fällen die Bereitstellung freiwilliger Arbeitskräfte ermöglichen. Arbeitsdienstpflichtig für ein Jahr ist nach dem Gesetzentwurf jeder Deutscher vom 17. bis 25. Lebensjahre. Unter dem Namen Direktion des deutschen Arbeitsdienstes soll das Reichsarbeitsministerium eine oberste Verwaltungsstelle bilden. Die Arbeitsdienstpflichtigen erhalten neben Unterkommen, Verpflegung, Kleidung, Schuhwerk, Arbeitsgeräte, freie Heilbehandlung, eine tägliche Löhnung von 40 Pfennigen. Wer sich der Arbeitsdienstpflicht entzieht, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und zeitlichen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.

★

Mit dem von der Wirtschaftspartei jetzt im Reichstag eingebrachten Arbeitsdienstpflichtgesetz haben wir uns vor einiger Zeit bereits, als die erste Ankündigung darüber erfolgte, eingehend befaßt. Der Gedanke an sich ist nicht schlecht, es käme allerdings darauf an, wie er ausgeführt würde. Und da sind die Schwierigkeiten in Deutschland nicht gering. Entscheidend dürfte aber sein, daß außenpolitische Gründe, die im Versailler Vertrag liegen, insbesondere die Notwendigkeit der Anlegung von Stammrollen, der Einführung des Arbeitspflichtjahres im Wege stehen.

Deutsch-polnischer Grenzzwischenfall.

▲ **Berlin,** 18. Juni.

Polnische Blätter berichten aus Bialystock von einem Vorfall, der bereits mehrere Wochen zurückliegt. Am 14. Mai nahm ein deutscher Grenzzollbeamter in dem deutschen Dorfe Serteggen an der deutsch-polnischen Grenze zwei Männer fest, die ihm nach ihrem Benehmen des Schmuggels verdächtig erschienen, um sie im Landjägerhaus gemeinsam mit dem Landjäger auf schmuggelverdächtige Ware zu untersuchen und ihre Personalien festzustellen. Bei der Festnahme hatte er sie darauf hingewiesen, daß er bei Fluchtversuch von der Waffe Gebrauch machen würde und ihnen zu diesem Zwecke die Schußwaffe gezeigt. Auf dem kurzen Wege zum Landjägerhaus ergriffen die Festgenommenen plötzlich die Flucht. Nachdem der Zollbeamte der Waffengebrauchsvorschrift entsprechend sie zunächst angerufen und darauf zwei Warnungsschüsse abgegeben hatte, gab er schließlich einen gezielten Schuß ab, durch den der eine Flüchtige getroffen wurde, während der andere über die Grenze entkam. Der Verletzte wurde nach Anlegung eines Notverbandes in das Krankenhaus in Szittkehnen eingeliefert, wo er am 17. Mai gestorben ist. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um zwei polnische Staatsangehörige handelte, die unerlaubterweise die Grenze überschritten hatten.

Grenzzwischenfall an der ostpreußischen Grenze.

○ **Lyck,** 19. Juni. An der deutsch-polnischen Grenze bei Prostken im Totschilowoer Bruch hat sich heute nachmittag ein neuer Grenzzwischenfall ereignet. Ein polnischer Zollbeamter wurde dort von einem deutschen Grenzzollbeamten in Notwehr erschossen. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Polizeibeamte begaben sich zwecks Aufnahme des Tatbestandes sofort an den Ort des Zwischenfalles.

Zu dem Grenzzwischenfall in Prostken erfährt der Vertreter der Telegraphen-Union noch folgende Einzelheiten: Ein deutscher Zollassistent des Bezirkskontrollkommissariats Prostken befand sich mit seinem Fahrrad auf einer Dienstfahrt. In der Nähe der Grenze im Teschilowoer Moor sah er plötzlich auf deutschem Gebiet einen polnischen Grenzbeamten vor sich, der die Pistole gezogen hatte und gegen ihn gerichtet hielt. In der ersten Ueberraschung stürzte der deutsche Beamte vom Rade und fiel zu Boden. Ohne jede erkenntliche Veranlassung eröffnete nun der unberechtigt auf deutsches Gebiet gekommene Pole auf den deutschen Zollassistenten das Feuer. Nunmehr zog auch der deutsche Beamte seine Waffe und gab in der Notwehr mehrere Schüsse auf den Polen ab. Einer dieser Schüsse traf den Polen durch Schulter und Kopf, während ein zweiter durch Leib und Hüften ging. Die beiden Schüsse wirkten tödlich. Der deutsche Beamte berichtete den Vorfall und die Lycker Staatsanwaltschaft wurde verständigt, die sofort eine Kommission an den Tatort entsandte. Zu bemerken ist noch, daß der Pole aus einer Entfernung von etwa 15 Schritten schoß. Die erste Untersuchung des Zwischenfalles wurde bereits in den späten Abendstunden abgeschlossen, doch verlautet über das Ergebnis noch nichts. Die Kommission hat sich wieder nach Lyck zurückbegeben. Die Leiche des Polen wurde beschlagnahmt und nach dem deutschen Grenzort Prostken geschafft.

Steinwürfe gegen das Berliner polnische Konsulat.

CNB **Berlin,** 19. Juni.

Vier oder fünf Personen gaben gestern abend gegen 9,30 Uhr ihrer antipolnischen Gesinnung dadurch Ausdruck, daß sie mehrere Fensterscheiben des in der Kurfürstenstraße gelegenen polnischen Konsulats mit Steinen einwarfen. Zwei Motorradfahrern, die dauernd hin und her fuhren, gelang es, die Aufmerksamkeit des vor dem Gebäude postierten Schutzpolizeibeamten abzulenken. Plötzlich hörte der Beamte Scheiben klirren. Als er hinzueilte, sah er nur noch einige Personen hinter der in der Nähe liegenden Kirche verschwinden. Die Täter sind entkommen.

Der Anschlag auf das Konsulat ist nach den polizeilichen Ermittlungen das Glied einer Kette kommunistischer Demonstrationen, die sich gegen die Hinrichtung dreier junger Kommunisten in Lemberg richten. Seit einigen Tagen wurden sowohl in Hamburg wie in Prag die Fenster der polnischen Generalkonsulate aus dem gleichen Grunde eingeschlagen.

Der Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, hat in den Vormittagsstunden des 19. Juni dem polnischen Gesandten das Bedauern des Auswärtigen Amtes über diesen Zwischenfall ausgesprochen und zugesagt, daß der Vorfall polizeilich nachdrücklichst verfolgt werden würde.